

51/2024

Bezirksbeirat Stuttgart-Mühlhausen



ANFRAGE

ANTRAG

Bezirksbeirat >Linke >SÖS >Piraten >Tierschutz

Datum 02.09.2024

Verzicht auf Mieterhöhung bei der SWSG

Antrag:

Der Bezirksbeirat Mühlhausen möge beschließen:

Der Bezirksbeirat Mühlhausen appelliert an die Vertreter*innen des Gemeinderats im Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen, sowie an die Mitglieder der Stadtverwaltung und des Gemeinderats im Aufsichtsrat der SWSG sich für einen Verzicht auf die turnusmäßige Erhöhung der Mieten in allen SWSG-Wohnungen einzusetzen.

Begründung:

Die SWSG hat im Stadtbezirk Mühlhausen ca. 1200 Wohnungen. Die SWSG erhöht üblicherweise alle drei Jahre die Kaltmieten. Im Juli 2022 wurden die Kaltmieten um bis zu 6% bzw. bis zu 30 Euro/Monat erhöht. Die Betriebs- und vor allem die Heizkosten sind noch stärker gestiegen und steigen weiter. Die EnBW, Stadtwerke und andere Stromanbieter haben die Strompreise zum 1.4.2024 stark erhöht. Die Energiepreisbremse lief Ende Dezember 2023 aus. Die Mehrwertsteuer für Gas und Fernwärme stieg ab dem 1.4.2024 von 7 auf 19%. Die CO2-Steuer steigt von Jahr zu Jahr. Die AWS hat die Müllgebühren zum 1.1.2024 um mehr als 12% erhöht. Der Preis für Trinkwasser stieg am 1.1.2024 um 7,5%.

Die Inflation frisst den Menschen die Einkommen weg. Die Steigerungen bei Löhnen und Renten halten nicht mit. Aufgrund der Wirtschaftskrise verlieren nun Menschen ihre Jobs, werden in Kurzarbeit geschickt und müssen Lohnkürzungen hinnehmen. Viele stehen vor der Entscheidung, Geld für die Miete oder Essen auszugeben. Aus Angst vor hohen Heizkostennachzahlungen heizen manche Mieter gar nicht mehr. Andere heizen ihre Wohnung weit unterhalb der Wohlfühltemperatur. Für Normal- und Geringverdiener und Rentner*innen sind die Wohnungskosten längst zum existenziellen Problem geworden.

Der Personalmangel bei Pflegekräften, Erzieher*innen und anderen städtischen Beschäftigten hängt auch damit zusammen, dass sich die Mieten der neu gebauten und neubaugleich modernisierten Wohnungen der SWSG nicht leisten können.

Wenn wir also wirklich etwas tun wollen, um die offenen Stellen bei der Stadt Stuttgart besetzen zu können, sollten wir hier anfangen!

Ein schlechter Service der Stadt, egal in welchem Bereich, schlägt sich auf die Stimmung der Bevölkerung nieder und erleichtert den rechten, demokratiefeindlichen Gruppen ihre Erfolge!

Neu gebaute Sozialwohnungen kosten inzwischen 9,50 Euro Kaltmiete pro Quadratmeter. Das sind 3 Euro mehr pro Quadratmeter als Sozialwohnungen, die die SWSG in verschiedenen Stadtteilen abgerissen hat und weiter abreißt.

Die städtische SWSG als größte Wohnungsgesellschaft in der Stadt muss ihren Beitrag zur Dämpfung der Mietentwicklung in Stuttgart leisten, denn ihr Gesellschaftszweck legt sie darauf fest, eine „sozial verantwortbare“ Wohnungsversorgung zu wirtschaftlich vertretbaren Bedingungen sicherzustellen. Die Vertreibung von Mieter*innen aus der Stadt durch hohe Mieten muss aufhören. Der Verzicht auf die geplante Mieterhöhung ist deshalb dringend notwendig.

Reiner Hofmann

Bezirksbeirat >Linke >SÖS >Piraten >Tierschutz